Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“ erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags einmal. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur p. Kreuzband durch d. Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonniert man bei d. Haupt-Expedition. SW. 19. Jerusalemerstr. 46/47, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 33; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 33; Petersburgerstr. 2; Mittenwalderstr. 6; Soranerstr. 20; Nykestr. 32; Wedding, Gerichtstr. 14; Schöneberg, Feurigstr. 12; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Prinz Handjerystr. 83/84.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ u. „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Witzblatt „ULK“, die feuillet. Montags-Ausg. „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, der illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus Hof Garten“ durch die Post bezog. vierteljährlich 6 M., Ausland exkl. Postaufschlag; für Berlin bei tägl. zweimal. Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unter Kreuzbd. vierteljährl.: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserate à Zeile 60 Pf. („General-Anzeiger“ 40 Pf.) werd. i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie der. Filialen: Leipzigerstr. 103, Ecke Friedrichstr.; Potsdamerstr. 33; Königstraße 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Gr. Frankfurterstraße 33; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Pr. Handjerystr. 83/84, angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung.

Nr. 569
35. Jahrgang

Donnerstag
8. November 1906

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 89.

Matthäi am — vorletzten.

Regierung und Regierungsparteien sind wieder einmal im Deutschen Reiche am Ende ihres Latein angekommen. Man weiß nirgends mehr ein und aus. Die Wellen schlagen den Zauberlehrlingen, die die Geister riefen, über dem Kopf zusammen. Fleischnot, Podbielski-Krisis, Kanzlerkrisis, Polenstreik und Kohlenstreik und nicht zuletzt die Tschirschky-Politik erzeugen jene Stimmung des Unbehagens, bei der man den Strich der Sättigung nicht mehr am Halse, sondern über den Augen zieht. Aber die Aerzte, die bisher den neuen Kurs in ihrer Obhut hatten, sind sich nur so weit klar, als es sich um die Diagnose handelt; sie sehen alle zwar ein, daß die Krisis eine höchst bedenkliche und gefährliche ist, können sich indessen über die zur Genesung führenden Medikamente nicht einigen. Die Ultramontanen fordern den Rückzug der Regierung in der Polenfrage, die Scharfmacher stellen die Bedingung, daß den Arbeiterorganisationen die Zähne gezeigt werden, die Agrarier beanspruchen, daß gerade wegen der Fleischteuerung eine chinesische Mauer um das Deutsche Reich gezogen wird, und die Nationalliberalen wollen das Uebel heilen, indem sie jetzt endlich, fünfunddreißig Jahre nach der Schaffung des neuen Reiches, den leitenden Männern die Wahrheit geigen wollen. Es ist begreiflich, daß dem unbefangenen Zuschauer bei diesem Widerspruch der gelehrten Kurpfuscher die besorgte Frage aus Auerbachs Keller einfällt: „Das liebe heil'ge Röm'sche Reich, wie hält's nur noch zusammen?“

Nur in einem Punkte sind alle diese Kritiker eines Sinnes, nämlich in der Verwerfung des absoluten Regiments. Und diese Einmütigkeit ist erstaunlich genug; denn es waren zum Teil dieselben Kreise, die seit 1848 mit Bewußtsein dem Absolutismus die Steigbügel gehalten haben. Wie lange hat die liberale Presse gegen die Kabinettsregierung protestiert! Wie oft hat sie darauf hingewiesen, daß der Grundsatz „voluntas regis suprema lex“ zum Ruin des Reiches führen müsse! Wie oft hat sie den historischen Beweis geliefert, daß ein Staat, der von dem Belieben des Monarchen abhängt, dem Abgrunde zutreiben müsse. Alle diese Mahnungen und Warnungen blieben ohne Eindruck und Wirkung, ja sie wurden direkt verspottet, wenn man darin nicht sogar eine Verletzung der Ehrerbietung vor der monarchischen Spitze erblicken wollte. Wie oft hat sich die „Kreuzztg.“ dafür ins Zeug gelegt, daß man die Worte und Handlungen des Monarchen nicht kritisieren dürfe; wie oft haben die Regierungsparteien es getadelt, wenn die Person des Herrschers in die Debatte gezogen wurde. Hat sich doch der Reichstag sogar das lächerliche Maulkorbgesetz des Grafen Ballestrem gefallen lassen, wonach die Reden des Kaisers nur erwähnt werden dürfen, wenn sie im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden sind. Die Breslauer Rede des Kaisers, in der es hieß: „Schwarzseher dulde ich nicht!“ darf demnach im Reichstage mit keiner Silbe erwähnt werden, denn im „Reichsanzeiger“ hat sie wirklich nicht gestanden.

Daß diese Ueberspannung des monarchischen Prinzips einmal zu einem großen Krach führen mußte, war vorauszusehen. Aber daß die Ernüchterung so schnell kommen und so gründlich eintreten würde, ließ sich doch nicht voraussehen. Jetzt auf einmal ist alle Welt überzeugt, daß es in der bisherigen Weise nicht weiter gehen kann. Die „Kreuzztg.“ ist unter die Nörgler gegangen und tadelt es, daß die persönlichen Meinungsäußerungen des Monarchen zu politischen Verwaltungsprinzipien gemacht werden. Der „Reichsb.“ fordert eine „gedankenreiche Zurückhaltung“ des Monarchen und ein starkes Ministerium. Die „Post“ sieht die Aufgabe der parlamentarischen Körperschaften vor allem darin, darüber zu wachen, daß alles vermieden wird, was die Befürchtung eines persönlichen Regiments im absolutistischen Sinne nähren könnte. Und wie die Großen so die Kleinen. Ueberall wird auf einmal gegen den Absolutismus Front gemacht, der nicht länger mehr zu ertragen sei, in der Presse wie in den Versammlungen der regierungsfrommen Parteien. Herr Bassermann gebärdet sich plötzlich wie ein brüllender Löwe und verlangt nun auf einmal, nachdem wir so lange mit seiner Zustimmung von minderwertigen Köpfen regiert worden sind, daß wir von den Tüchtigsten der Nation regiert werden. Und selbst Herr v. Zedlitz protestiert gegen die absolutistischen Velleitäten.

Wir unterdrücken nur schwer eine gewisse Schadenfreude darüber, daß diese bisher so lammfrommen Blätter und Parteien jetzt aufzumucken anfangen. Daß es ihnen nicht leicht wird, wider den Stachel des Absolutismus zu löken, wird man ihnen ohnehin glauben. Denn indem der Absolutismus jetzt zusammenbricht, bricht auch ihre bisherige Politik zusammen. Indessen hat es keinen Sinn, sich über die Vergangenheit auseinanderzusetzen, sofern nur die Sicherheit besteht, daß die jetzige Besserung Dauer verspricht. Aber darauf kommt es allerdings an, daß die jetzige Aufwallung, die einem berechtigten Gefühl entspringt, nicht wieder wirkungslos vorübergeht. Mit Protesten gegen den Absolutismus ist es nicht getan: er muß durch die Kraft der Nation auf verfassungsmäßigem Wege überwunden werden.

Daß an sich ein maßgebender Einfluß des Reichstages auf die Leitung des Reiches durch die Verfassung nicht bloß ermöglicht, sondern geradezu gefordert wird, darüber kann ernstlich ein Zweifel nicht bestehen. Selbst Fürst Bismarck hat die Notwendigkeit eines Ueberganges zu parlamentarischen Regierungsformen empfunden, als er die Führer der nationalliberalen Partei Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in die Reichsregierung berufen wollte. Sein Plan hat sich damals zerschlagen, und Fürst Bismarck hatte Autorität genug, um auch ohne eine direkte Anlehnung an den Reichstag regieren zu können. Aber was unter dem ersten Kanzler unmöglich war, das erwies sich schon unter dem zweiten und dritten als schädlich, und unter dem vierten ist dieses halbabsolutistische Regiment nun glücklich zusammengebrochen. Es hilft auch gar nichts, es noch einmal leimen zu wollen, und ebenso sollte man doch endlich mit der Fiktion Schluß machen, daß der Kaiser sein eigener Kanzler sein könnte. Die Stellung des Kaisers wird um so besser gewahrt, je weniger er sich in die Fragen und den Streit des Tages mischt, je mehr er das Präsidium in dem Sinne führt, in dem es ihm durch die Reichsverfassung zusteht.

Allerdings ist eine parlamentarische Regierung nicht möglich ohne eine parlamentarische Mehrheit. Daran fehlt es heute. Aber eine solche Mehrheitspartei fehlt auch in vielen anderen parlamentarisch regierten Staaten; wo eine einzelne Parteien nicht stark genug ist, da muß eben eine Parteikoalition eintreten. Wir verkennen nicht, wie schwierig das bei uns sein mag; wir vermuten sogar, daß der Liberalismus dabei nicht günstig abschneiden wird; aber die Sonderwünsche der Partei müssen zurücktreten, wo es sich um politische Notwendigkeiten für den Bestand des Reiches handelt. Fürst Bülow ist sich vielleicht selbst nicht mehr unklar darüber, daß das Deutsche Reich jetzt den Schritt zum Parlamentarismus tun muß, wenn es nicht in die bedenklichsten Schwierigkeiten geraten soll. Möge er diesmal zeigen, daß er der Lage gewachsen ist. Kann er es nicht, dann geht er besser freiwillig, als daß er in zwei Monaten dazu gezwungen wird.

---

* In den Chorus der konservativen, freikonservativen und nationalliberalen „allergetreuesten“ Opposition tritt nun auch die „Münch. Allg. Ztg.“ ein, die bekanntlich vielfach als das Sprachrohr der bayerischen Regierung angesehen wird. Auch sie erörtert die selbst auf der äußersten Rechten herrschende Mißstimmung über das „persönliche Regiment“, und kommt dabei vor allem auf den **„Fall Podbielski“** zu sprechen, den sie für unsere Zustände symptomatisch nennt. Das Blatt schreibt Herrn v. Podbielski folgendes ins Stammbuch:

> Die Angelegenheit des Herrn v. Podbielski hat wahrhaft verwüstend gewirkt. Wie ihr Ausgang auch sein mag, der Minister hat eine schwere Verantwortung auf sich geladen, daß er es so weit kommen ließ. Seine Verdienste in Ehren, aber was er in allerjüngster Zeit durch sein Verhalten an der Krone gesündigt hat, das kann er gar nicht wieder gut machen. Gerade weil die preußische Verfassung dem Könige das Recht der Ernennung der Minister nach freiem Ermessen zugesteht, haben die Minister die um so stärkere Verpflichtung, ihrerseits als verantwortliche Leiter der Verwaltung den Augenblick zu erkennen, wo das Verbleiben in ihrer Stellung nicht mehr dem Interesse der Krone entspricht. Indem er Verhältnissen Trotz bietet, die überhaupt nicht mit Staatsinteressen, sondern nur mit seiner Person im Zusammenhang stehen, deckt er nicht die Autorität des Königs, sondern läßt sich durch sie decken....

Sehr zutreffend erklärt das Münchener Blatt, es sei wirklich die höchste Zeit, daß wir „aus diesem Zustand politischer Nervenüberreizung“, aus der vollständigen Verwirrung der letzten Monate herauskommen.

* * *

Auch der orthodox-konservative „Reichsbote“ tritt heute mit einer scharfen Kritik des jetzigen Regierungssystems auf den Plan. Die Minister und besonders der Reichskanzler hätten bei der starken Individualität des Kaisers einen schweren Stand.

„Aber, so bemerkt der „Reichsb.“, umsomehr müssen sie darauf bestehen, daß sie vom Kaiser so gewürdigt werden, wie es ihr Amt verlangt, und daß sie zu nichts ihre Zustimmung geben, was sie im Interesse des Staates nicht verantworten können. Es ist ja möglich, daß wir dann auch oft Ministerwechsel hätten, was auch nicht gut ist; aber der Kaiser würde sich dann doch wohl davon überzeugen, daß es richtiger ist, nicht so impulsiv in die Oeffentlichkeit zu treten, sondern mehr Zurückhaltung und umfassendere Beratungen mit seinen Ministern zu pflegen. Die starke Individualität des Kaisers erfordert auch starke aufrechte Männer als Minister. Wenn das der Fall wäre, könnten wir eine treffliche Regierung haben; denn wir haben einen hochbegabten Kaiser, dessen Begabung ihn leider oft verleitet, in allen Dingen sein Urteil als maßgebend zu betrachten. Hier hätten seine Räte einzusetzen, und vielleicht gelänge es ihnen auch im Zusammenhange mit der öfteren und ausgiebigeren Beratung, den Kaiser von den allzuvielen Reisen mit ihren Festlichkeiten abzuhalten. Schließlich machen auch die besten bei solchen Anlässen gehaltenen Tischreden keinen Eindruck mehr, und die Besuche werden wegen der damit verbundenen Unkosten für die davon Betroffenen nicht mehr mit der erwünschten Freudigkeit aufgenommen, mit welcher man sie sonst begrüßt. Wir wollen gewiß nicht, daß der Fürst sich hinter sein Schloß zurückzieht, sondern daß er sich im Lande zeigt und beweist, daß er an allem Anteil nimmt, was das Interesse des Volkes berührt: aber eine gedankenreiche Zurückhaltung, die sorgfältig abwägt, wo ein Königswort gesprochen werden muß, ist nötig.“

Der Artikel schließt: „Wir brauchen ein starkes, selbstbewußtes Königtum, aber wir müssen ihm auch begreiflich machen, daß es, um wirklich stark zu sein, nicht bloß ein starkes Heer, sondern auch ein starkes Ministerium braucht, mit dem es ernsthaft zu Rat gehen muß.“

* * *

In die Kerbe des Abgeordneten Bassermann, der bekanntlich schon von der „Politik des Herrn v. Tschirschky“ sprach, schlägt schließlich auch eine Notiz des „Hann. Kur.“, der darauf aufmerksam macht, daß Herr v. Tschirschky kurz nach seiner Rückkehr nach Berlin am Montag Abend vom Kaiser zur Tafel gezogen worden sei, und daß Fürst Bülow bei dieser Tafel fehlte. Außerdem habe auch kein Bericht gemeldet, daß der Kaiser seiner sonstigen Gepflogenheit gemäß in Berlin den Reichskanzler aufgesucht hätte.

---

* Im Anschluß an die Mitteilungen der „N. G. Korr.“, die wir im gestrigen Abendblatt wiedergegeben haben, sind wir in der Lage, noch einen anderen Plan zu erwähnen, der zur — **Entlastung des Fürsten Bülow** in gewissen Kreisen erörtert wurde. Der Plan lief darauf hinaus, wiederum, wie es unter Caprivi eine Zeitlang der Fall war, das preußische Ministerpräsidium einer anderen Persönlichkeit zu übertragen und dem Fürsten Bülow nur das Reichskanzleramt zu belassen. Daß eine solche Trennung der beiden Aemter nichts Gutes stiften kann, ist zur Genüge bekannt. Bezeichnend ist aber, daß sie jetzt wieder ins Auge gefaßt wurde.

---

* Zu dem viel erörterten Beschluß des Vorstandes der **rheinischen Landwirtschaftskammer** veröffentlicht jetzt die Korrespondenz der Kammer eine höchst merkwürdige Erklärung. Derselbe Vorstand, der vor acht Tagen die Oeffnung der holländischen Grenze für ein Einfuhrkontingent von 1000 bis 1500 Schweinen wöchentlich verlangte, erklärt nun — auf wessen Geheiß diese überraschende Sinnesänderung zurückzuführen ist, erfährt man natürlich nicht —, er stehe „nach wie vor“ auf den Standpunkt, daß „eine Aenderung beziehungsweise Abschwächung des veterinärpolizeilichen Grenzschutzes und eine ständige oder teilweise Aufhebung der Zölle für ihn schlechthin undiskutabel ist.“ Im übrigen versichert der Vorstand, seine „Erwägungen“ seien über den Rahmen eines vertraulichen Meinungsaustausches nicht hinausgegangen, und von einem bindenden Beschluß könne nicht die Rede sein. Die „Deutsche Tagesztg.“, die mit dieser Abbitte offenbar noch lange nicht zufrieden ist und sie sehr lebhaft kritisiert, erklärt zum Schluß:

> Wir erfahren, daß der Vorstand des Bundes der Landwirte ein Schreiben vom Vorstande der Kammer erhalten hat, in dem dieser sich zu rechtfertigen sucht. Wir nehmen deshalb an, daß der Vorstand des Bundes sich mit der Veröffentlichung der Korrespondenz der Landwirtschaftskammer auch seinerseits befassen wird und möchten ihm daher nicht vorgreifen.

Mit Verlaub! Seit wann sind der Bund der Landwirte und die „Deutsche Tagesztg.“ die Aufsichtsbehörde, vor der sich eine preußische Landwirtschaftskammer zu rechtfertigen hat? Das Vorgehen des Agrariertums erreicht allmählich den Gipfel des Uebermuts und der Anmaßung.

---

* Die Berliner Fleischerinnung hat gestern abend in **Sachen der Fleischnot** eine an den Landwirtschaftsminister gerichtete Resolution angenommen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und nach der „Allgem. Fleischerztg.“ nachfolgenden Wortlaut hat:

> „Wir bedauern es auf das tiefste, daß der Ratgeber der Krone auf die wiederholten Notrufe des Berliner Fleischergewerbes, welche im Interesse der Bevölkerung und im schweren Ringen um unsere Existenz erhoben worden sind, sich bisher nicht einmal veranlaßt gesehen hat, eine Antwort zu erteilen; wir meinen, als Staatsbürger das Recht zu haben, auf unsere Eingaben und Bitten auch einer Antwort gewürdigt zu werden.
>
> Eure Exzellenz haben durch die nicht in Erfüllung gegangene Voraussage in bezug auf Beendigung der Schweineteuerung den unwiderlegbaren Beweis gegeben, daß Eure Exzellenz nicht in der Lage sind, die Verhältnisse auf diesem Gebiet richtig zu beurteilen, um danach geeignete Maßregeln ergreifen zu können.
>
> Eure Exzellenz halten nach wie vor in unberechtigter Weise die Hand über einen Stand, welcher nun schon seit mehr denn zwei Jahren in bezug auf Viehproduktion den berechtigten Forderungen der Konsumenten nicht nachgekommen ist. Jeder Berliner Viehmarkt ist eine Bankerotterklärung der für diesen Viehmarkt in Betracht kommenden Landwirtschaft.“

Die Resolution schließt: „Im Interesse des konsumierenden Publikums und in Wahrung unserer eigenen Existenz erheben wir daher von neuem nicht mehr die Bitte, sondern die Forderung, daß sofort Maßregeln zur Oeffnung der Grenzen getroffen werden, und ersuchen Eure Exzellenz um Bescheid, wann diese für die Volksernährung so dringend nötigen Anordnungen zu erwarten sind.“